

KOMMENTARE

Eine Prise Optimismus

KLAUS GASSNER

Politik hat sehr viel mit Macht, manches mit Vernunft, aber auch ein wenig mit Gefühl zu tun. Und nach dieser zähen Einigung zwischen Union und SPD wird man das Gefühl nicht los, dass dieser Vertrag nicht Ausdruck eines größtmöglichen Machtwillens ist, sondern eher Ausfluss aus einer großen Ausweglosigkeit. Nur weil alles andere noch schädlicher für das politische System, noch schwerer zu ertragen für die eigene Partei, noch nachteiliger für die Lebensplanung ist, nur deshalb sieht sich die Bundesrepublik jetzt fast fünf Monate nach der Wahl auf der Zielgeraden zu einer neuen Bundesregierung. Dieses Gefühl überstrahlt nun den Auftakt dieser womöglich neuen Regierung. Es belastet eine Koalition, die mit viel Verantwortungsgefühl und noch mehr Vernunft ausgehandelt wurde – vielleicht mit mehr als je zuvor. Denn die Angst vor einem Scheitern hat dazu geführt, dass energisch um die Einigung gerungen wurde. Und herausgekommen sind 177 Seiten Vertragsentwurf, die in der Sache solide und vernünftig erscheinen. Manch ein Regierungschef in Europa könnte sich mit einem solchen Regierungsprogramm schmücken, das wirtschaftliche Impulse und soziale Akzente setzt, das sogar ein paar große Leitlinien für eine aktive Zukunftsgestaltung in einem europäischen Kontext entwirft. Und trotzdem ist da dieses Gefühl, dass sich nun eine Regierung der Verlegenheit zusammenrauft. Mitschuld sind ein paar grobe Züge jener Regierungsmannschaft, die schon bekannt sind: Horst Seehofer, der sich zu Hause in Bayern gerade auf Altenteil verabschiedet hat, schlüpft nun

in Berlin in die Rolle des Law-and-order-Ministers. Da ist der bedauernde Martin Schulz, der sich wieder einmal korrigiert und tut, was er eigentlich gar nicht wollte. Man darf fast sicher sein: Selbst wenn er als Außenminister alle Krisenherde dieser Welt löste, sein ramponiertes Image wird Schulz kaum wieder zum Leuchten bringen.

Bleibt Angela Merkel, die Dauer-Kanzlerin. An ihr liegt es jetzt, Zweifel an dieser neuen Regierung zu beseitigen. Die Meisterin des Pragmatismus hat bereits in ihren 13 Jahren an der Spitze

der Exekutive gezeigt, dass sie mit ihrem unaufgeregten, mehr der Sache als der Parteilinie folgenden

Kurs für viele Bürger nach wie vor attraktiv ist. Nun muss sie abwarten, ob die SPD-Basis dies auch so sieht. Und dann wird sie spüren, dass auch ihre eigene Basis unbequeme Fragen stellen kann – denn rein arithmetisch hat die Union bei den Verhandlungen nicht glücklich abgeschnitten, wichtige Ressorts gehen an die SPD. Dafür sollten die Genossen aber nicht nur ihren Verhandlungsführern danken, sondern auch der FDP eine Kußhand zuwerfen – denn deren Verweigerungshaltung hat die Dramaturgie erst so zugespielt, dass die Union in Zugzwang geraten ist. Daher ist diese Einigung vor allem auch eine Einigung staatspolitischer Verantwortung.

Noch ist es nicht zu spät, dass die neue Koalition Fahrt aufnimmt und neben allen Machtinstinkten und Vernunftkriterien auch Gefühle verbreitet. Ein Schuss Überraschung etwa. Und eine Prise Optimismus. Gerade davon ist zuletzt viel auf der Strecke geblieben.

Mit Recht

TOBIAS ROTH

Ein Forum, das den Rechtsstaat erlebbar macht – braucht man so was überhaupt? Warum muss man den Rechtsstaat eigentlich erklären? Solche Fragen sind ja durchaus berechtigt, wenn es um das Forum Recht geht, das in Karlsruhe gebaut werden soll, wie es nun im Koalitionsvertrag steht. Wer Antworten auf diese Fragen finden will, muss ein paar Schritte zur Seite gehen. Denn wer in einem Rechtsstaat wie diesem lebt, hat derzeit wenig Grund zum Klagen. Eine Selbstverständlichkeit aber ist das alles nicht. Und es gibt durchaus politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die den Rechtsstaat unter Druck geraten lassen. Auch in Europa. Die Festlegung im Koalitionsvertrag auf ein Forum Recht ist deshalb vor allem auch einer Aner-

kennung der Bundespolitik für ein Karlsruher Projekt, das sich zum Ziel gesetzt hat, das abstrakte System Rechtsstaat den Menschen nahezubringen. Das Recht spielt eine wesentliche Rolle in der Lebenswirklichkeit – sei es in der Arbeitswelt, beim Verbraucherschutz oder beim Asyl. Recht prägt den Alltag, schafft Ordnung und Sicherheit.

Das geplante Forum Recht muss nun beweisen, dass Rechtsstaat auch spannend sein kann. Es darf kein Expertentreff werden, kein Museum, aber auch kein Freizeitpark. Für Karlsruhe ist es eine gewaltige Chance. Es könnte das neue Zentrum werden für die Residenz des Rechts, in dem die Fäden zusammenlaufen. Es dürfte der Stadt weiter Auftrieb geben. Und womit? Mit Recht.

Der richtige Weg

GERHARD WINDSCHEID

Das EU-Parlament setzt ein Zeichen: Wer gegen andere Mitglieder des Hohen Hauses pöbelt, hat an der Spitze der europäischen Volksvertretung nichts verloren. Vize-Präsident Ryszard Czarnecki hat mit seinem üblen Nazi-Vergleich den Bogen überspannt und muss jetzt die Konsequenzen tragen.

In seltener Einmütigkeit haben die Europaparlamentarier dem rechten PiS-Politiker aus Warschau die Rote Karte gezeigt. Da mag man in der polnischen Hauptstadt noch so sehr gegen die Parlamentsentscheidung wettern und polemisieren, an der Abwahl des Vize führte kein Weg vorbei. Seit dem Amtsantritt der rechtskonservativen Regierung in Warschau tritt Polen EU-Recht immer wieder mit Füßen. Das PiS-Kabinetts will

nicht wahrhaben, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist, die auf gegenseitigen Respekt und gegenseitige Solidarität angewiesen ist. Mit dem Rechtsstaat steht die Regierung genauso auf dem Kriegsfuß wie mit einer humanitären Flüchtlingspolitik.

Es ist zweifelhaft, dass der geschasste Vize in Zukunft auf seine Verbalattacken verzichten wird. Aber es war wichtig, klare Kante zu zeigen. Mit Vertragsverletzungsverfahren versucht die EU-Kommission in Brüssel, die Regierung in Warschau auf den richtigen, den europäischen Weg zurückzubringen. Bislang allerdings eher mit bescheidenem Erfolg. Umso wichtiger war es, Tacheles zu reden und sich nicht alles bieten zu lassen.



Karikatur: Pepsch

„Armutsrisko erhöht sich mit Kinderzahl“

Bertelsmann-Stiftung legt neue Studie vor

Gütersloh (dpa/AFP). Die Entscheidung für Familienzuwachs ist nicht zuletzt eine finanzielle Frage: Denn das Armutsrisko von Familien erhöht sich mit jedem weiteren Kind, wie aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hervorgeht. Danach war 2015 rund jedes achte Paar (13 Prozent) mit einem Kind armutsgefährdet, rund jedes sechste Paar mit zwei Kindern (16 Prozent) und fast jedes fünfte (18 Prozent) mit drei Kin-

dern. Als arm gelten demnach Haushalte, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt. Die Studie beruht auf Zahlen des Statistischen Bundesamts und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP).

Das Armutsrisko von Familien sei damit deutlich höher, als bislang angenommen, so die Forscher der Ruhr-Universität Bochum, die die Studie erstellt haben. Sie kritisieren die in der Armutsforschung weit verbreitete OECD-Methodik – und setzen auf eine neue Berechnungsart. Eine Folge der bisherigen OECD-Methodik sei, dass arme Haushalte systematisch reicher gerechnet werden als sie sind, und reiche Haushalte systematisch ärmer, sagt Antje Funcke, Expertin für das Thema bei der Bertelsmann-Stiftung.

Das Deutsche Kinderhilfswerk forderte in Berlin eine „grundlegende Kraftanstrengung“ gegen Familienarmut.



DAS ARMUTSRISIKO von Familien ist deutlich größer als bisher angenommen, so das Ergebnis einer Studie. Foto: dpa

Tokio/Seoul (dpa). Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bei seinem Besuch in Japan Tendenzen zu Protektionismus und Isolationismus in den USA kritisiert. „Herausforderungen für die liberale internationale Ordnung sehen wir nicht nur beim Blick auf Mächte wie China und Russland, sondern auch in westlichen Staaten – in den USA und in Teilen Europas“, sagte er in Tokio. Am Nachmittag flog

Steinmeier warnt vor Protektionismus

Steinmeier in die südkoreanische Hauptstadt Seoul weiter. „Das vergangene Jahr war in den USA geprägt von protektionistischer und isolationistischer Rhetorik“, betonte Steinmeier vor den Auslands-korrespondenten in der japanischen

Hauptstadt. Deshalb sei es wichtiger denn je, dass sich Länder zusammenschließen, die internationale Institutionen verteidigen wollten und etwa in der Klimapolitik gemeinsame Werte vertreten. In Tokio wurden Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender von Kaiser Akihito und Kaiserin Michiko empfangen. Akihito (84) gilt als überzeugter Verfechter der pazifistischen Nachkriegsverfassung Japans.

Trump will Militärparade

US-Präsident will ein Zeichen der militärischen Stärke setzen

Washington (dpa). US-Präsident Donald Trump will die Stärke seines Landes nun auch mit einer Militärparade demonstrieren. Er beauftragte das Pentagon mit der Planung einer Parade, wie seine Sprecherin Sarah Sanders mitteilte. Trump sei ein großer Unterstützer der Streitkräfte. Er habe das Verteidigungsministerium deswegen gebeten, die Möglichkeit einer Feierlichkeit zu prüfen, bei der alle Amerikaner ihre Wertschätzung zum Ausdruck bringen könnten, sagte Sanders.

Die letzte große Militärparade in Washington liegt mehr als 25 Jahre zurück. Am 8. Juni 1991 feierten die USA unter Präsident George H.W. Bush die Befreiung Kuwaits und den Sieg über den irakischen Machthaber Saddam Hussein. Rund 8000 Soldaten marschierten damals durch die Straßen der Hauptstadt.

Nach dem Ende des nächsten Irakkrieges im Jahr 2011 wurde eine solche militärische Machtdemonstration wegen des laufenden Afghanistan-Einsatzes als unpassend empfunden. Vorbild soll die Militärparade in Paris zum Nationalfeiertag sein.



VORBILD FRANKREICH: Eine große Militärparade wie in Paris wünscht sich US-Präsident Donald Trump. Foto: dpa

Vize-Präsident abgewählt

Straßburg (AFP/BNN). Nach einem besonders üblen Nazi-Vergleich muss der polnische Europaabgeordnete Ryszard Czarnecki (Foto: dpa) von der rechtspolitischen Regierungspartei PiS seinen Posten als Vize-Präsident des Europa-Parlaments räumen. Das Plenum der EU-Volksvertretung beschloss am Mittwoch mit sehr großer Mehrheit, ihn abzusetzen. Der 55-jährige Czarnecki hatte die christdemokratische und pro-europäische polnische Abgeordnete Roza Thun auf seinem Blog als „Szmalcownik“ bezeichnet. Diese Beleidigung brandmarkt Polen, die während des Zweiten Weltkriegs Juden an die Nazis gegen Geld verraten oder polnische Beschützer von Juden erpresst haben. Der Europaabgeordnete Daniel Caspary (CDU) aus Weingarten betonte: „Genug ist genug. Wer Kolleginnen und Kollegen bitterböse beschimpft und sich jeder Entschuldigung verweigert, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, das Parlament als Vize-Präsident nach außen zu vertreten.“



Ryszard Czarnecki

Neuer Angriff auf Rebellenhochburg

Damaskus (AFP). Trotz internationaler Kritik haben die syrischen Regierungstruppen ihren Beschuss der Rebellenhochburg Ost-Ghuta unvermindert fortgesetzt. Allein am Mittwoch wurden in den östlichen Vororten von Damaskus 27 Zivilisten getötet, darunter zwölf Kinder, wie die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mitteilte.

Einen Tag nach den Vereinten Nationen hat derweil auch die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) in Den Haag Untersuchungen zu möglichen Giftgasangriffen in Syrien eingeleitet.

Zentralrat rügt Holocaust-Gesetz

Berlin (AFP). Der Zentralrat der Juden in Deutschland drängt auf eine Überarbeitung des umstrittenen polnischen Holocaust-Gesetzes. „Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland betrachtet das neue Gesetz mit tiefer Sorge und hofft, dass es in dieser Form nicht in Kraft tritt“, schrieb Zentralratspräsident Josef Schuster in einem Brief an den polnischen Botschafter Andrzej Przyłębski, wie der „Tagesspiegel“ berichtete.

Das Gesetz sei viel zu vage formuliert – und daher dazu geeignet, jeden zu bestrafen, der von Untaten polnischer Bürger berichte.

Druck und Verlag: Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH
Linkenheimer Landstraße 133, 76149 Karlsruhe

Verleger, Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Michael Baur
Redaktionsleitung: Dr. Klaus Gaßner
Stellvertretende Chefredakteure: Dr. Gerhard Windscheid, Rainer Haaple
Chef vom Dienst: Peter Vollmer, Peter J. Funk, Michael Schorpp

Politik/Nachrichten: Dr. Gerhard Windscheid, Tobias Roth, Alexei Makartsev, Dr. Udo Stark, Roland Weisenburger, Bernd Kamletner (Südwesteche). Wirtschaft: Dirk Neubauer, Mario Betschak. Kultur, Film und Fernsehen: Michael Hübl, Andreas Jüttner. Sport: René Dankert, Gerhard Wolff. Fächer und Reise: Roswitha Bruder-Pasewald, Sibylle Kranich. Beilagen und Sonderveröffentlichungen: Cora Jahn-Rosemann. Karlsruhe-Stadt: Theo Westermann, Tina Kampf. Karlsruhe-Land: Matthias Kuld (Aus der Region), Dietrich Hendel (Hardt). Ettlingen: Heidi Schulte-Walter, Rainer Oberst. Bretten: Thilo Kampf, Hansjörg Ebert. Bruchsal: Christina Zäpfel, Nicole Jannarelli. Pforzheim und Enzkreis: Daniel Streib. Rastatt-Stadt und -Land, Gaggenau/Murgtal: Michael Janke, Thomas Dorscheid, Dr. Swantje Huse. Baden-Baden: Bernd Kappler, Dr. Michael Rudolph. Bühl: Wilfried Lienhard, Dr. Ulrich Coenen, Florian Konrad (Sport). Achern: Michael Moos, Frank Löhnig, Redaktions-technik: Peter J. Funk. Schlussredaktion: Wolfgang Eisenbarth, Veronika Wunsch, Paul Urbanski. Stuttgart: Wolfgang Voigt, Berlin: Martin Ferber, Bernhard Junginger. Eigene Auslandsvertretungen in Washington, Moskau, London, Paris, Brüssel, Rom, Istanbul, Peking und Madrid. Verantwortlich im Sinne des Landespressgesetzes sind die sogenannten Redakteure der jeweiligen Ressorts. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird von uns keine Gewähr übernommen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulf Spannagel, für lokale Anzeigen im Achen- und Büllertal: Gerhard Fautz. Aufnahme von Anzeigen nur zu den Bedingungen der jeweils gültigen Anzeigen-Preisliste und den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlags. Abbestellungen eines Abonnements (gedruckte Ausgabe) können nur schriftlich mit einer vierwöchentlichen Frist zum Monatsende angenommen werden. Bei Abbestellungen zu einem anderen Termin erfolgt keine Rückerstattung der Abonnementsgebühren. Für zusammenhängende Bezugsunterbrechungen ab sechs Liefertagen erfolgt in der nächsten Abrechnungsperiode eine Gutschrift. Sollte die Zeitung wegen höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens nicht erscheinen, besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgebührens. Wir weisen darauf hin, dass Vertragsdaten in einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen auch über den Zeitpunkt der Vertragserfüllung hinaus.